

Interview

Junge Welt mit Gerhard Nennstiel

Januar 2026

Sie waren von 1988 bis 1989 Vorsitzender der IG Metall, der größten Industriegewerkschaft im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund. Was ist für Sie in der selbstkritischen Rückschau auf das Jahr 1989 der größte Fehler oder das größte Versäumnis des FDGB?

Der größte Unterlassungsfehler des FDGB am unmittelbaren Vorabend der Krise war derselbe Fehler, den auch die Partei gemacht hat, nämlich Sprachlosigkeit und Passivität. Der FDGB war auf der Ebene der Betriebe ein Faktor, aber darüber hinaus nicht. Und in den Betrieben haben wir Positionen verteidigt, die längst hätten korrigiert werden müssen. Probleme wurden über Jahre nicht systematisch angegangen, die den Kolleginnen und Kollegen auf den Nägeln brannten.

Was war das zum Beispiel?

Mit geht es da vor allem um den Alltag der Arbeit in den Betrieben. Die Arbeiterklasse in der DDR war, anders als gerne behauptet, in hohem Maße leistungsbereit. Und sie sah in ständig wachsendem Maße, dass diese Einsatzbereitschaft bis zu einem gewissen Grad entwertet wurde, weil bestimmte Probleme nicht behoben wurden. Nehmen wir mal die Arbeitsteilung im RGW. Dass die nicht oder nicht mehr funktionierte, sahen die Arbeiter jeden Tag. Es gab überall Probleme mit Zulieferungen. Ein ständiges Ärgernis waren die innerbetrieblichen leichten Transportmittel, die nicht im nötigen Umfang zur Verfügung standen, weil immerzu irgendein Bau- oder Ersatzteil fehlte. Die Arbeiter beim Kombinat Umformtechnik in Erfurt, wo gute und auf Exportmärkten sehr gefragte Pressen und Scheren hergestellt wurden, sahen, dass Siemens mit diesen Pressen und Scheren mehr verdiente als ihr Kombinat, weil die Steuerungstechnik von Siemens kam und nicht mehr aus der DDR. Im Edelstahlwerk Freital mussten die Leute über Jahre immer wieder darauf hinweisen, dass die Abluft nicht funktionierte. Im Automobilwerk Eisenach rollten von dem auf 50.000 Fahrzeuge pro Jahr ausgelegten Band zum Schluss 70.000 Fahrzeuge, um nicht völlig den Anschluss an die Nachfrage zu verlieren. Da sind die Karosseriebauer mit der Schweißzange hinterhergelaufen, um die Takte einzuhalten, was natürlich auf Kosten der Qualität ging. Solche Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Das waren alles keine großen Katastrophen, aber in Summe haben solche Zustände die Anziehungskraft des Sozialismus untergraben. Es gab keine handfeste antisozialistische Stimmung, aber all das hat unsere Position geschwächt.

Warum konnten die Dinge denn über Jahre so laufen?

Die Stimmung war trotz allem bis zuletzt so, dass die Kolleginnen und Kollegen einsatzbereit waren. Ich war als Gast bei vielen Vertrauensleutevollversammlungen. Das waren kleine Parlamente der Arbeit, die mindestens zweimal im Jahr stattfanden, und da wurde ohne jede Schönfärberei oder Rücksicht Klartext geredet. Und zwar so gut wie nie negativ oder gar feindselig, sondern vorwärtsdrängend - hier ist ein Problem, dort ist ein Problem, das gelöst werden muss. Ich habe bis heute den größten Respekt davor, wie selbstbewusst und engagiert diese Arbeiter waren. Aber viele an sich lösbare Probleme wurden eben nicht gelöst. Eine Grund dafür war, dass die entsprechenden Berichte immer stärker gefiltert wurden, je weiter "nach oben" sie gelangten, so dass dort der Eindruck entstehen konnte, es sei alles in bester Ordnung. Aber man kann nicht behaupten, dass solche Berichte nicht geschrieben oder Probleme nicht gesehen wurden. Schwierigkeiten entstanden auch daraus, dass es eine verbreitete "Warten wir mal ab bis zur nächsten Versammlung"-Haltung gab, nachdem ein Problem angesprochen worden war.

Der Ansicht, dass die Arbeitsproduktivität auch deshalb zurückblieb, weil den Arbeitern bewusst war, dass es für sie persönlich keine Folgen hat, wenn Pläne nicht erfüllt werden oder die Arbeitsdisziplin mangelhaft ist, würden sie demnach nicht zustimmen?

Nein. Allenfalls gab es Ermüdungserscheinungen, die daraus resultierten, dass große und kleine Probleme immer wieder angesprochen wurden und es trotzdem keine Lösung gab. Dann wurde mitunter der Schluss gezogen: Es hat keinen Sinn, sich hier noch zu verausgaben. Aber das waren meiner Ansicht nach Ausnahmen.

Welche Einwirkungsmöglichkeiten hatte mit Blick auf die genannten Probleme ein Gewerkschaftsvorsitzender in der Spätphase der DDR?

Es gab, angefangen bei den Betrieben, erhebliche Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Gewerkschaft. Aber ob diese Möglichkeiten genutzt wurden, hing, wie in vielen Bereichen der DDR-Gesellschaft, davon ab, ob die jeweils verantwortlichen Funktionäre die ihnen zur Verfügung stehenden Hebel auch betätigten. Was mich betrifft, will ich einen Fall schildern. Wenn ein neuer Plan ausgearbeitet wurde, musste die Gewerkschaft dazu angehört werden. Ich hatte fünf "Partnerminister". Das waren die Chefs von Ministerien, die für Industriezweige verantwortlich waren, die die IG Metall organisierte. Dem für das Freitaler Werk zuständigen Minister habe ich gesagt, dass ich den Planentwurf nicht mittragen werde, solange das Problem mit der Abluft nicht behoben ist. Das hat dann Wellen geschlagen. "Was bildet der sich ein", "das gab es ja noch nie" und so weiter. Aber das Problem wurde dann behoben. Kaum Einwirkungsmöglichkeiten hatte der FDGB dagegen beim Thema Versorgung, obwohl gerade wir in den 80er Jahren mit der Frage konfrontiert waren, wie es sein konnte, dass die Arbeiter, wenn sie von der Frühschicht kamen, beim Einkauf mitunter eine leere Wursttheke vorfanden. Oder dass sie große Schwierigkeiten hatten, an Ersatzteile für ihre Autos zu kommen. Das waren Dinge, die die ganze Erfolgspropaganda unterminierten.

Wie stand es um das Gewicht des FDGB in der Parteispitze? Harry Tisch war Mitglied des Politbüros, aber ein sichtbares Profil hat er auf dieser Ebene nicht entwickelt.

Der Eindruck ist nicht falsch. Das war aber nicht in erster Linie ein persönliches Versagen von Tisch, sondern ein Problem der politischen Konstruktion. An sich war es eine gute Idee, den Gewerkschaftschef im Politbüro zu haben. Das war in den anderen sozialistischen Ländern keineswegs selbstverständlich. Günter Mittag war aber als ZK-Sekretär für Wirtschaft formell auch für die Gewerkschaftspolitik zuständig. Er war Tisch also gewissermaßen vorgesetzt, obwohl sie zusammen im Politbüro saßen. Und da Mittag noch dazu eine absolut dominante Persönlichkeit war und es nicht duldete, dass jemand aus seinem Zuständigkeitsbereich dem Generalsekretär andere Dinge erzählte als die, die er als Wirtschaftslenker für gut befand, konnte sich die gewerkschaftliche Perspektive auf dieser Ebene so gut wie nicht entfalten. Tisch hat vieles nicht gepasst, aber gegen Mittag kam er nicht an. Er musste sich ja sogar Dienstreisen von Mittag genehmigen lassen.

Mit Blick auf die betriebliche Ebene wird mitunter behauptet, dass die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) als Helfer der Betriebsleitung aufgetreten sind. Ist das in dieser Form zutreffend?

Nein. Natürlich hat die Gewerkschaft den Betriebsleiter eines volkseigenen Betriebes nicht als Gegner betrachtet. Aber sie hatte die Aufgabe, in jeder Hinsicht die Interessen und Anliegen der Belegschaft zu vertreten. Ohne Zweifel gab es BGL-Vorsitzende, die dieser Aufgabe voll gerecht geworden sind, aber auch solche die diesen Auftrag nicht voll erfüllten und dann von der Betriebsleitung nicht ernst genommen wurden. Es gab umgekehrt aber auch Fälle, wo die BGL die Betriebsleitung vor sich hergetrieben hat. Das Arbeitsgesetzbuch von 1977 gab den Gewerkschaften

im Betrieb umfangreiche Mitbestimmungsrechte, von denen Gewerkschaften heute nur träumen können. Das betraf die Arbeitsordnung, den Arbeitsschutz, Kündigungen, Arbeitsnormen, die Festlegung von Prämien, Überstunden und Nacharbeit und so weiter. Der BGL-Vorsitzende konnte an den Besprechungen der Betriebsleitung teilnehmen, ohne darum bitten zu müssen. Da der gewerkschaftliche Organisationsgrad zumindest in der Metallindustrie durchweg über 90 Prozent lag, hatte dessen Stimme an und für sich Gewicht. Ob dieses Gewicht zur Geltung kam, hing dann wieder sehr davon ab, wie der BGL-Vorsitzende seine Rolle ausfüllen konnte oder ausfüllen wollte.

Der FDGB war so organisiert, dass der Schwerpunkt bei der Gesamtorganisation lag, nicht bei den Einzelgewerkschaften. Anders als in der Bundesrepublik, wo das Prinzip der Einheitsgewerkschaft nach 1945 nur insofern durchgeführt wurde, dass politische Richtungsgewerkschaften keine Bedeutung mehr hatten, die gewerkschaftliche Gesamtorganisation, der DGB, aber nur die Rolle eines Dachverbandes spielt, während die Einzelgewerkschaften selbständig arbeiten. Inwiefern war das beim FDGB anders?

Das grundlegende Prinzip des FDGB war "ein Betrieb, eine Gewerkschaft". Die betriebliche Organisation war Bestandteil einer Industriegewerkschaft. Vertikal war die Gliederung Betrieb, Kreisvorstand, Bezirksvorstand. Die IG Metall hatte einen Zentralvorstand und ein arbeitendes Sekretariat mit folgenden Arbeitsbereichen: Vorsitzender, Stellvertreter, Sozialpolitik, Propaganda, internationale Arbeit, Kultur. Als Vorsitzender der IG Metall war ich wiederum Mitglied des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes. Das war die in den wesentlichen Fragen entscheidende Ebene.

Auf welchen Ebenen des FDGB haben Sie gearbeitet?

1964 im Automobilwerk Eisenach, wo ich den Beruf des Zerspanungsfacharbeiters erlernt habe, bin ich eingetreten. Eine Funktion hatte ich damals nicht. Die erste hauptamtliche Leitungsfunktion hatte ich in Erfurt, wo ich ab 1982 FDGB-Bezirksvorsitzender war. Mit 36 war ich damals der jüngste Funktionär in so einem Amt in der gesamten Republik. Mein Vorgänger hatte die Altersgrenze erreicht. Es gab im FDGB den Grundsatz, dass Funktionäre mit Erreichen des Rentenalters oder bald danach ausschieden. Das war in der Partei, aus deren Apparat ich damals zum FDGB gekommen bin, bekanntlich nicht so.

Wie stand es denn im Bezirk Erfurt um das Arbeitsverhältnis von SED und FDGB?

Gerhard Müller, der damalige 1. Sekretär in Erfurt, legte großen Wert darauf, die Meinung der Gewerkschaft etwa zu Fragen der Stimmung in den Betrieben, der Planerfüllung u.a. zu hören. Bei Beratungen im Bezirkssekretariat der Partei oft sogar zuerst. Das war allerdings nicht überall so. Dazu eine exemplarische Anekdote. Bei einem FDGB-Kongress waren wir im Gästehaus des ZK untergebracht. Wir waren beim Frühstück, da kam Müller herein und fragte, ob er sich zu uns setzen könne. Dann kam der SED-Bezirkschef von Schwerin, Heinz Ziegner, mit ein paar Mitarbeitern. Er setzte sich an einen anderen Tisch. Nach einiger Zeit kam einer aus der Gruppe zu uns und forderte den Schweriner FDGB-Chef auf, zu Ziegner zu kommen. Da gab es einen kleinen Wortwechsel, weil der Kollege noch beim Essen war, und Ziegners Bote zog wieder ab. Müller lachte. Diese kleine Szene zeigt, wie ich finde, wie dringend nötig ein neues Verständnis von der führenden Rolle der Partei gewesen wäre. Diese Mentalität des Herumkommandierens und des Antretenlassens war in einer reifen sozialistischen Gesellschaft einfach nicht mehr zeitgemäß. Das war mir klar, als ich 1988 den Vorsitz der IG Metall übernahm.

Wie arbeiteten Sie als Vorsitzender der Gewerkschaft?

Das Sitzungswesen war schon recht ausgeprägt. Dafür wurden ein bis zwei Tage pro Woche aufgewendet. Zusätzlich standen Besprechungen unterschiedlichen Zuschnitts auf Sekretariats- und Vorstandsebene an, die die verschiedenen Arbeits- und Verantwortungsbereiche betrafen. Ein bis zwei Tage pro Woche hatte ich reserviert, um rauszufahren in die Betriebe. Ich habe auch sehr genau darauf geachtet, dass die anderen Mitglieder des Sekretariats regelmäßig vor die Tür gehen. Die erste Frage in den Sekretariatssitzungen war immer die nach der Stimmung und Lage im jeweiligen Arbeitsbereich. Und die konnte man nicht kennen, wenn man nur am Schreibtisch saß. Dazu angehalten, regelmäßig in die Betriebe zu gehen, waren leitende FDGB-Funktionäre grundsätzlich. Das wurde aber nicht überall durchgesetzt.

Wie liefen diese Betriebsbesuche ab?

Ich habe das, um einen möglichst realitätsnahen Eindruck zu erhalten, immer recht kurzfristig angekündigt. Also den Betriebsfunktionären gesagt, dass ich morgen oder übermorgen bei ihnen bin. Und ich habe meistens nicht gesagt, was ich mir anschauen möchte.

Haben Sie bei diesen Besuchen in den Betrieben 1988/89 den Eindruck erhalten, dass sich die Lage zu einer Krise entwickelt?

Für die Dynamik, wie sie sich dann im Herbst 89 entwickelt hat, habe ich in meinem Arbeitsbereich keine Anzeichen erkannt. Ich war kurz vor dem 40. Jahrestag im VEB Weimar-Werk bei einer großen Belegschaftsversammlung und habe dort in meiner Rede angesprochen, dass uns Menschen den Rücken kehren. Ich habe gefordert, über die Ursachen zu reden und diese Ursachen zu beseitigen. Da gab es viel Beifall. Im Präsidium des FDGB habe ich mich in diesen Wochen ähnlich geäußert. In einer Notiz, die ich Jahre später zu Gesicht bekam, hatte Tisch damals vermerkt: "Der Kollege Nennstiel hat vollkommen recht". Darüber sind die Ereignisse hinweggegangen. Noch im Oktober hat sich der damalige westdeutsche IG-Metall-Chef Franz Steinkühler bei mir gemeldet. Mit dem Vorschlag, eine Art Annäherung der beiden Gewerkschaften unter gesamtdeutschen Vorzeichen einzuleiten. Das hat der Vorstand auf meine Initiative hin abgelehnt.

Wie lief das mit der Kontaktaufnahme?

Wir hatten einen Kanal zur IG Metall in der BRD. Als ich den Vorsitz übernahm, hatte ich mich mit Steinkühler getroffen. Bei VW in Braunschweig. Das war ein kurzes Gespräch, weil er zu seinem Flieger musste, aber das reichte, um festzustellen, dass unser Verhältnis nicht sehr herzlich sein würde.

Die Ablehnung dieses Vorschlags aus dem Westen war beinahe Ihre letzte Amtshandlung.

Ja. Im November ging diese Kampagne los gegen angebliche Privilegienwirtschaft. Die richtete sich nicht nur gegen das alte Politbüro, Stichwort Wandlitz, sondern insbesondere auch gegen den FDGB. Die stellvertretende FDGB-Vorsitzende Johanna Töpfer ist in den Suizid getrieben worden. Auf einmal stand ein Artikel in der *Berliner Zeitung*, in dem der Bau meines Hauses als anrüchig dargestellt wurde. Heute weiß ich, dass dahinter eine Intrige stand. Aber damals hat mich das komplett überrollt. Die Vorwürfe waren konstruiert. Ich hatte einen ordentlichen Vertrag mit dem Wohnungsbaukombinat, und verwendet wurden Platten, die beim Wohnungsbau ausrangiert worden waren. Es gab für alles Quittungen und Rechnungen, aber das hat zunächst niemanden interessiert. In der damaligen Hysterie wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das dann im März 1990 still und leise eingestellt wurde, nachdem sich die Vorwürfe in Luft aufgelöst hatten. Aber da war der Schaden angerichtet. Ich habe Anfang November 1989 meine Ämter und Funktionen niedergelegt. Das war ein Fehler, aber damals glaubte ich, keine andere Wahl zu haben. Wir haben immer sehr viel über Solidarität gesprochen, aber die habe ich in diesen Wochen nicht gespürt.

Gefreut hat mich, dass ausländische Gewerkschafter aus Mitgliedsorganisationen des Weltgewerkschaftsbunds sich nach mir erkundigt und gefragt haben, ob sie irgendwie helfen können.

Im Dezember 1989 wurde zwischen den Metallgewerkschaften der DDR und der BRD ein Kooperationsvertrag unterzeichnet, bald danach gab es einen gemeinsamen Arbeitsausschuss. Ab Mai 1990 hat die westdeutsche IG Metall dann abrupt nicht mehr auf eine Vereinigung der beiden Gewerkschaften, sondern auf die einfache Vereinnahmung der Mitglieder der DDR-IG Metall hingearbeitet.

Alle im Apparat des FDGB, die sich in diesen Wochen und Monaten zu Helfern gemacht haben, weil sie gedacht haben, es gebe für sie persönlich eine Perspektive, mussten bald feststellen, dass sie sich geirrt hatten. Die westdeutsche IG Metall hatte sehr schnell ihre eigenen Leute vor Ort. Vom Apparat des FDGB sollte nichts übrigbleiben. Aber durch dessen Zerschlagung wurden auch zahllose Mitglieder aus der Gewerkschaftsbewegung „entlassen“. Man sieht das an den Mitgliederzahlen des DGB. Die gingen 1990/91 von knapp 8 Millionen auf nicht ganz 12 Millionen hoch. Das heißt, von den rund neun Millionen Mitgliedern des FDGB wurden fünf Millionen gar nicht erst in eine der DGB-Gewerkschaften übernommen. Eine katastrophale Bilanz. Dabei hatten die DGB-Gewerkschaften durchaus ein Interesse an den Mitgliedern. Allerdings sollte die Übernahme – offensichtlich, um ein „Einsickern“ von unerwünschten FDGB-Strukturen zu verhindern – so durchgeführt werden, dass die Mitglieder des FDGB einzeln der jeweiligen DGB-Gewerkschaft beitraten. Das damit zwangsläufig verbundene Absinken des gewerkschaftlichen Organisationsgrades nahm man in Kauf. So ein Szenario wurde natürlich erst dann überhaupt vorstellbar, nachdem gewisse Fakten geschaffen worden waren.

Was erfolgte planvoll und was ergab sich einfach aus der Dynamik der Ereignisse?

Es liegt auf der Hand, dass bestimmte Entwicklungen nicht einfach so in Gang gekommen sind. Ich bin mir, was die Rolle der Gewerkschaften in dieser politischen und gesellschaftlichen Transformationsphase angeht, sehr sicher, dass diese gezielte Stimmungsmache gegen den FDGB, die sehr früh und gleichsam über Nacht einsetzte, kein Zufall war. Der FDGB war die größte Massenorganisation des Landes, und natürlich musste, wer in der DDR die Dinge ins Rutschen bringen wollte, sicherstellen, dass von dort aus keine Schwierigkeiten gemacht werden würden.

So oder so war der FDGB schon Ende 1989 kein Akteur mehr, mit dem Freund oder Feind hätten rechnen müssen.

Das Ziel, den FDGB zu schwächen und zu paralysieren, ist erreicht worden. Da muss man in der Tat nichts schönreden.